

BLICKPUNKT

Zum Jahreswechsel

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Ulrich Huber

BLICKPUNKT Nr. 01

Januar 2010

Jahrgang 39

OB Ilg: „Alles muss hinterfragt werden!“

Eine Bankrotterklärung

Berlin - Stuttgart - Heidenheim

SPD: „Alle Freiwilligkeitsleistungen 2010 auf den Prüfstand“
DKP und PDL fordern Zinsmoratorium und politischen Widerstand

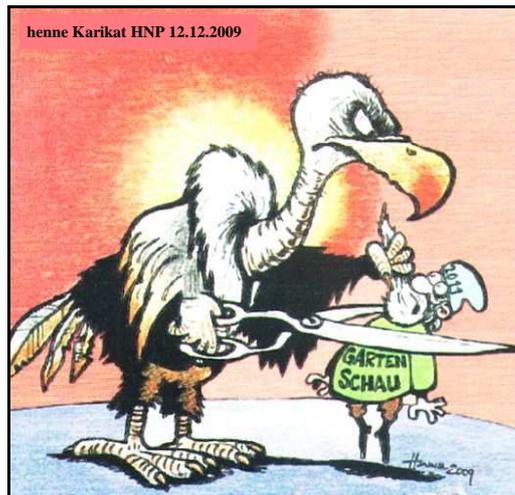
Ohne Saft und Kraft, ohne Widerstandswillen der Stadträte und ohne Alternativen gegen den Ausverkauf kommunaler Daseinsleistungen. Die Mehrheit der Stadträte von CDU, SPD, Freie Wähler und FDP stimmte gegen die Stimmen der Partei Die Linke, der DKP und Grünen, dem Pleitehaushalt 2010 zu. Die Grünen allerdings nur deshalb, weil ihre Sparvorschläge zum Albstadion und FCH keine Mehrheit fanden.

Die Mehrheitsfraktionen

Der neoliberale Freie Wähler Besserwischer Immo Grath, mit seiner kürzesten Hauhaltsrede aller Zeiten. Er vergaß bewusst die Vorzüge zu beschreiben, die den Multis, den Bänkern, Immobilienspekulante und Aktionären, den Geldbeutel füllten. Dem dadurch verursachten Finanzdesaster widmete er kein Wort. Sein kommunaler Haushaltsvorschlag: Kürzen, Abschaffen, Privatisieren bei allen Haushaltsstellen, bei der notwendigen Daseinsvorsorge. Sein noch geheimer 12 Punkte Vorschlag lässt fürchterliches ahnen. Ähnliches gilt für den von der CDU

ins kommunale Rennen geschickten Frontmann von der Jungen Union Uwe Wiedmann. Staatstragend versteht sich. Eine Heidenheimer „Merkel-Rede“ in der vieles aber nichts gesagt ist: „... Wir haben in der Vergangenheit unsere Hausaufgaben gemacht und dafür die Ausgangslage geschaffen, dass wir gestärkt aus schwierigen Zeiten hervorgehen können“. Ha-ha liebe CDU. Wer glaubt noch solchen Sprüche klopfen. Eine haushaltspolitische CDU Propagandarede ganz im Sinne unseres CDU-OB'ern Ilg. Eines war aber bemerkenswert und sicherlich ganz im Sinne der neoliberalen Immo Grath Freien Wähler-Fraktion. Die weitere Privatisierung aller Bäder:

Waldfreibad und der Lehrschwimm-bäder, in die Hände der Stadtwerke AG zu verlagern.

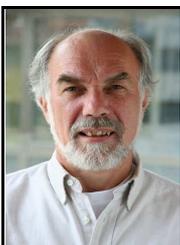


Die Stadtwerke AG, mittlerweile die kommunale „Geheimkasse“ des OB, die den Haushalt der Stadt entlastet, dafür aber den Gebührenzahlern, sprich den Haushalten, den Familien in die Haushaltstasche greift. Eine un-

durchsichtige städt. Haushaltspolitik. Denn die Entlastung des Haushalts einerseits wird durch die Belastung der Gebührenzahler eben doch von den Bürgern finanziert.

Die Minderheitsfraktionen

Enttäuschend die Haltung der SPD Fraktion. Der Minderheitsfraktionen zugeordnet wird sie zum überzeugenden Mehrheitsbeschaffer für eine neoliberale, den Daseinsinteressen der Bevölkerung widersprechenden Kommunalpolitik. Sie bietet den Freien Wählern ihre Zusammenarbeit in kommunalen Arbeitskreisen an um weitergehende Sparvorschläge zu erarbeiten.



Die DKP Heidenheim und ihr Stadtrat Reinhard Püschel wünschen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Gesundheit und Schaffenskraft. Politische Wachsamkeit und Widerstandskraft, auf allen Ebenen gegen die angekündigten Sparprogramme, sind unerlässlich.

Die Grünen: „Wir haben keine Lust, als erste die Sparkeule aus dem Schrank zu holen, um den Bürgern viel von dem zu nehmen, was ihr Leben in dieser Stadt nützlich und angenehm macht“. So Fraktionsvorsitzende Sautter in seiner Haushaltsrede. Nicht unklug, Sie haben den Sozialdemokraten und auch der Fraktion Die Linke/DKP das Erstgeburtsrecht für Sparvorschläge vorerst überlassen. Zu hoffen bleibt, dass sich die Partei Die Linke, gemäß auch ihrem Motto: „Wir zahlen nicht für Eure Krise“, nicht in den Wettbewerb für weitere Sparvorschläge einbinden lässt.

Die Schuldigen müssen die Krise zahlen!

Die Bänker und Banken, die Immobilienspekulanten, die Steuerhinterzieher und nicht zuletzt solche, die durch die Rot/Güne und der CDU/SPD Politik der letzten 10 Jahre Millionäre oder Milliardäre geworden sind.

Die DKP bleibt bei ihren Forderungen:

Wir fordern den Gemeinderat und die Stadtverwaltung auf, sich sichtbar dem Protest der Bürgermeister und Stadtverordneten aus NRW anzuschließen und auch gegenüber der Landes und Bundesregierung für mehr Finanzzuweisungen in die kommunalen Haushaltskassen zu fordern.

Es kann nicht sein, dass nach oben gebuckelt und nach unten getreten wird.

Wir fordern weiter ein Zinsmoratorium um Schuldzinsen an Banken vorübergehend auszusetzen.

Es kann nicht sein dass unsere Kinder und Kindeskinde die kommunalen Schulden bezahlen, die der Stadt wegen der Finanzmarktkrise belastet.

Wir fordern nach wie vor die Erhöhung der Gewerbesteuer.

Es kann nicht sein, dass die Firmen, Gewerbetreibenden, Selbständigen, Rechtsanwälten, Steuerberatern u.s.w. Infrastruktur nutzen, dafür keine Steuern zahlen.

Wir fordern eine Vermögens- und Börsenumsatz - und Spekulationssteuer.

Wir sagen Multimillionäre, Managergehälter müssen stärker besteuert, der Geldadel geschröpft werden.

Wir erwarten, dass die Wirtschafts- und Steuerkriminalität bekämpft wird.

Wir fordern, dass die Kriegs- und Rüstungsausgaben um mindestens 10 Prozent gekürzt werden.

Keine Privatisierung von öffentlichem Eigentum

Besonders bei knappen Kassen wiederholen die neoliberalen Privatisierer im Rathaus um OB Ilg (CDU) seine Fraktion, die Freien Wähler mit FDP Unterstützung gebetsmühlenartig ihre einzige Alternative, sie fordern die Privatisierung. Nur ökonomische Betonköpfe fordern den kommunalen Substanzverlust.

Die DKP fordert den öffentlichen Widerstand gegen den CDU Antrag unser Waldfreibad zu privatisieren.

Will VOITH seine Berufsausbildung verlagern?

Nicht nur die Spatzen pfeifen es von den Dächern, dass VOITH seine Berufsausbildung näher an die Produktion ins Zentrum verlagern will. Auch OB Ilg pfeift in diese Richtung. Sieht OB Ilg das Ploucquet-Areal für geeignet an, dort VOITH zu befriedigen?

Millionen für eine neue Berufsausbildungsstätte oder Millionen zur Sanierung der alten teilweise unter Denkmalschutz stehenden Gebäude.

Das Motiv zur Veränderung sei der Transportweg zwischen VOITH und Haintal.

Eine attraktivere Zufahrt zur Berufsausbildungsstätte Haintal müsste ausreichen um VOITH zu bewegen sein Haintal so zu sanieren, dass alt Ehrwürdiges mit neu Modernem verbunden wird.

Bei einer VOITH- Berufsausbildungsstätte auf dem Ploucquet Areal müsste zum Transport und Andienung eine stark befahrene innerstädtische Straße überquert werden. Eine schlechtere Alternative.

Betriebsnähe auf VOITH Gelände schaffen!

Verwirft VOITH die Sanierung des Haintal so stehen für einen betriebsnahen Neubau, ohne extrem hinderliche Straßenüberquerungen, genügend VOITH Flächen auf dem Werksgelände zur Auswahl.

Neben dem VOITH- Hauptzugang, auf dem Platz des ehemals geplanten Haed-Office,

heute Parkplatz könnte das neue Berufsbildungszentrum, die VOITH-Skyline, repräsentativ ergänzen. Ein Standort, der Ausbildung und Erfahrung sichtbar zusammen bringt. Ein produktionsnaher Standort und in idealer Nähe zum Betriebsrestaurant und zum Gesundheitszentrum.

Parkplätze für VOITHianer?

Hand aufs Herz Kolleginnen und Kollegen. Das Gelände gegenüber der Hauptpforte ist doch für Parkplätze zu schade. Ein Parkhaus das von Euch und den Betriebsräten seit Jahren gefordert wird ist trotz der Zunahme des Individualverkehrs noch nicht erfüllt.

Auch VOITH sollte des Klimawandels wegen auf optimierte ÖPNV-Modelle setzen und kommunal fördern. Sowohl innerstädtisch, wie aus dem weiteren Umland müssen neue Wege beschritten werden. Durch den Ausbau des ÖPNV mit engeren Taktzeiten und zu bestimmten Zeiten eine Verdichtung des Fahrangebots könnte der Individualverkehr zurückgedrängt und die Parkplatzsituation wesentlich entspannt werden.

Wenn VOITH das Haintal nicht sanieren, dafür eine neue Berufsausbildungsstätte produktionsnah will, dann auf dem reichlich vorhandenen freien Plätzen auf dem Werksgelände, nicht auf dem Ploucquet-Areal.

